

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Feuilleton. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jährlich nach der Post bei freier Zustellung monatlich M. 15.00, in den Postgebieten abwärts M. 14.00 monatlich. Die abgesetzten Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Oktobererteil M. 2.00, im ausserordentlichen Teile M. 2.00. Reflektoren die Millimeter-Zeile mit 7.00 im Oktobererteil und M. 8.00 im ausserordentlichen Teile. Anzeigen-Schluss: Vier Uhr nachmittags.

Verlags-Gesellschaft: Halle a. S., Neue Dromadenstr. 1 und Große Braubachstr. 17. Schriftführer: Hermann Heine. Redaktion: Pauline Reibold. Druckerei: Halle a. S., Postfach-Conto: Leipzig 23515. Verlagsort: Halle a. S. Bezugsbedingungen sind nur bis zum 50. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

Die deutsche Reparations-Note.

Genau in Erwartung der russischen Antwort — Ein Mittelmeerabkommen zwischen England und Italien.

Nein!

Vor der Reparationsentscheidung.

Berlin, 10. Mai.

In diesen Tagen werden von der deutschen Regierung in Paris gegenüber der Reparationskommission Entwürfen abgegeben werden, die die Antwort auf die Forderungen der März-Note der Reparationskommission darstellen. Es war die fortwährende Befürchtung des teilweisen Marasmodiums, die Verabreichung unserer Zahlungspflichtigkeit von 3,3 Milliarden Goldmark auf etwa 2,2 Milliarden Goldmark dazu abhängig gemacht worden, daß sichere Garantien für eine Verpfändung der Reichseinkünfte gegeben würden. Als solche sah man in der Note der Kommission die Ausdehnung von Zinsaussetzungen zu den jetzigen Reichsteuern mit einem Gesamtjahresertrag von mindestens 60 Milliarden Papiermark unter der Voraussetzung an, daß die Gesetzgebung darauf eingewilligt würde, noch im laufenden Kalenderjahre hiervon 40 Milliarden der Reichsrente zuzuführen, der Rest des Defizits der Reparationsabteilung, den man heute etwa auf 200 Milliarden des Standes des Dollarkurses auf noch 110 bis 120 Milliarden Papiermark zu schätzen hat, sollte durch eine Anleiheaktion aufgebracht werden. Die Durchführung dieser Forderungen führt zu neuen, fordernde man weiterhin die Unterstellung der Finanzgesetzgebung Deutschlands in eine internationalisierte Kontrollkommission.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Nein der deutschen Regierung gegenüber diesen Wünschen, so wie es in der Antwortnote vom 7. April den Alliierten mitgeteilt wurde, heute noch von der Mehrheit des deutschen Volkes getragen wird. Die Gesamtheit dürfte noch die Finanzkontrolle ablehnen. Gegenüber den sonstigen Forderungen ist aber eine harte Schwankung in den Vermögensverhältnissen der sozialistischen Parteien und insbesondere der Mehrheitsparteien zu beobachten. Und doch muß unbedingt im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und im Interesse der wahrhaftigen Erfüllungspolitik auch gerade gegenüber diesen finanzpolitischen Forderungen das Nein aufrecht erhalten bleiben.

Wir haben heute, um an wenigen Zahlen den Zustand der deutschen Volkswirtschaft und den Druck der Steuererhebung zu zeigen, folgendes festzustellen: In Friedensmark gerechnet ist das deutsche Volkseinkommen von 350 Milliarden auf 250 Milliarden gesunken (Höchstschätzungen); das Volkseinkommen, der Ertrag der Arbeit der ganzen Nation auf der Grundlage dieses Kapitals, betrug in der Vorkriegszeit etwa 45 Milliarden jährlich und ist jetzt auf 10 Milliarden gesunken; in Prozentziffern ausgedrückt sank die Produktivität des deutschen Volkseinkommens trotz intensiver Wiederarbeit der letzten Jahre von 13 Prozent auf 4 Prozent. Das Volkseinkommen stellt die Kaufkraft des inländischen Marktes dar, ihm ist also, sofern man bei dem gesamten Volkseinkommen, wie es oben gesehen ist, den Zeit außer Acht läßt, der sich aus der Aufnahme fremdländischer Güter befriedigt, der Wert der gewerblichen Eigenproduktion gleichzusetzen. Damit wird deutlich erkennbar, daß der angelegte ungeheure Rückgang der prozentualen Ertragsziffer sich auch auf die Beziehungen des inneren Wertes der gesamten deutschen wirtschaftlichen Produktion erstreckt. Die Gesamtheit der Steuern erfordert heute etwa 30 Prozent des gesamten Volkseinkommens. Da dieser Betrag von den gesamten Einnahmen der Bürger nicht abgeholt werden kann, ohne ihre lebensnotwendigsten Bedürfnisse einzuschränken, liegt in der Höhe dieser Steuerlast der Zwang zu immer weiterer Inflation. Es besteht kein Zweifel darüber, daß jede Steuer, die über die Erfüllung der Ergebnisse der Bürger hinausgeht, nach zwei Richtungen hin zerstörend wirkt: sie schränkt die Produktion ein und sie fördert die Inflation.

Die Bereitwilligkeit der Mehrheit des deutschen Volkes trotz der schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen eine so ungeheure Steuerlast auf sich zu nehmen, mit vollem Bewußtsein die Periode der Prozepte des deutschen Volkes zu verlängern, um vor aller Welt ein Zeugnis dafür abzulegen, daß das deutsche Volk bereit ist, seine Kräfte in den Dienst der Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen zu stellen, ist in der Annahme der letzten Finanzreform von einer Wahrung gebietenden starken Widerspruch des deutschen Reichstages durch Annahme des Steuerkompromisses ausgeht worden. Jetzt muß unbedingt gegenüber allen weiteren Forderungen das Nein aufrecht erhalten bleiben. Die Worte des demokratischen Sprechers in der letzten Finanzdebatte, daß man nunmehr den letzten Bereich für die Erfüllungsbereitschaft angereizt habe, und daß darüber hinaus von der Wirtschaft nicht mehr geleistet werden könne, müssen für unsere Stellungnahme in den nächsten Tagen und Wochen richtunggebend bleiben. Man muß sich auch bei uns und bei den anderen darüber klar sein, daß jede Erhöhung der steuerlichen Lasten, jedes Nachgeben gegenüber den unmöglichen Forderungen der Reparationskommission nichts anderes bedeuten würde, als eine ungeheure Verschlechterung und Verfestigung des Inflationsprozesses. Das Leben jedes einzelnen Bürgers wäre in seinen elementarsten Voraussetzungen bedroht, wenn neue Belastungen nicht dadurch zu Scheinbelastungen gemacht würden, indem

man durch weitere Inflation ihren inneren wirtschaftlichen Wert auf das Tragbare herabmindert. Bei einer inneren Kaufkraft der Papiermark, die etwa zur Goldmark im Verhältnis von 1:45 steht, bilden 100 Milliarden Steuereingänge mehr, als wenn man 100 Milliarden Steuereingänge schafft und dadurch das genannte Verhältnis auf 1:90 übersteigert.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen werden die zahlreichen Vorschläge über eine internationale Anleihe zur teilweisen Abmilderung der Reparationslasten erhebliche Bedeutung haben. Eine wirkliche Erleichterung unserer volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Lage durch eine solche Aktion kann nur der erwarten, der bei der Betrachtung der Reparationsfragen an der Oberfläche stehen bleibt und nicht gewillt ist, die Dinge eingehender zu überprüfen. Allererste Voraussetzung für eine Besserung unserer Lage ist die Stärkung des inneren Wertes unserer Papiermark. Wir müssen aus der jetzigen Verunsicherung herauskommen. Das bedeutet für uns handelspolitisch in erster Linie, daß wir alle unsere Kräfte auf die Wiedererlangung freier Bewegungsfreiheit auf dem Weltmarkt einstellen. Sehr richtig hat in diesen Tagen der Amerikaner Horngorhorgehoben, daß eine internationale Reparationsanleihe Deutschland nicht hilft, wenn daneben nicht eine gleichzeitige Anleiheaktion zugunsten der Hebung der deutschen Produktion und zugunsten des Wiederaufbaus der deutschen Exportwirtschaft durchgeführt wird. Es ist nur dringend zu wünschen, daß dieser produktionspolitische Gedanke jetzt in den Pariser Verhandlungen ebenfalls Beachtung findet.

Groß sind die Hoffnungen nicht, die wir gegenüber den positiven Ergebnismöglichkeiten der jetzt stattfindenden Verhandlungen haben. Ungelöst bleibt die Frage der politischen Stimmungen und Strömungen zwischen den Alliierten. Ungeheim ist die Möglichkeit, daß Frankreich von seinen Freunden die notwendigen Zusätze aufgetragen werden können. Wir stehen zweifellos vor einer ungeheuer ernsten Situation. Es wird Aufgabe des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft sein, in diesen Wochen mit Ruhe und einer in unserem Recht verankerten Entschlossenheit dem Lauf der Ereignisse sich gegenüberzustellen. Und es ist Pflicht aller politischen Parteien, in solcher Situation verlässliche Disziplin zu wahren und jeden Parteiegoismus zurückzustellen!

Übergabe der Antwort.

Berlin, 10. Mai.

Die Reichsregierung hat an den Präsidenten der Reparationskommission eine Note gerichtet, die heute in Paris übergeben wurde. Es heißt darin:

1. Es entspricht der Auffassung der deutschen Regierung, daß es grundsätzlich nötig ist, die gesamten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen ohne Vermehrung der Geldmengen zu decken. Die deutsche Regierung erkennt auch an, daß es nötig ist, weitere Schritte für die Durchführung dieses Grundgedankes zu tun. Andererseits wird es mit Rücksicht auf die deutsche Wirtschaftslage und auf die deutschen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland unumgänglich notwendig sein, daß erhebliche aus dem Reich in ausländischer Währung zu leistende Zahlungen durch äußere Anleihen beschafft werden. Mit Rücksicht auf die ersten ist es nicht möglich, dem Verlangen der Reparationskommission auf Einführung weiterer Steuern im Betrage von 60 Milliarden Goldmark vor dem 31. Mai 1922 zu entsprechen. Die deutsche Regierung ist aber bereit, vor diesem Tage der Reparationskommission einen eingehenden Plan mitzuteilen, der das Ziel verfolgt, dem eingangs angeführten Grundgedanken Rechnung zu tragen.

2. Die deutsche Regierung nimmt gern Kenntnis davon, daß die Reparationskommission die Souveränität Deutschlands bei Festlegung seiner öffentlichen Ausgaben sowie in Fragen der Besteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt. Sie nimmt ferner Kenntnis davon, daß die Kommission den Wunsch hat, die deutsche Regierung bei der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen. Sie wird zu diesem Zweck der Reparationskommission alle Möglichkeiten für gewinnreiche Anleihen eröffnen. Sie wird deshalb auch für die Dauer der Regelung ihrer Zahlungsvorgangs, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 31. Mai vorliegt, der Reparationskommission über die von ihr geplanten geldpolitischen Schritte auf dem vorher bezeichneten Weg der Finanzgebung ins Benehmen treten.

Die deutsche Regierung wird sich im übrigen nach Kräften bemühen, den von der Reparationskommission in ihrem Brief vom 21. März angelegten Bedingungen zu entsprechen. Sie hält in bezug auf die Auffassung, daß einige von diesen Bedingungen unersetzlich sind, in diesem Zusammenhang fest, daß sie sich auf das im Schreiben vom 13. April gemachte Angebot der Kommission, jeden praktischen Vorschlag zu prüfen, der von der deutschen Regierung zur Beseitigung der Schwierigkeiten, in denen sie sich befindet, gemacht wird.

Da wegen der Konferenz in Genua mehrere Mitglieder der Reichsregierung geraume Zeit von Deutschland ferngehalten sind, ist es der deutschen Regierung zu ihrem Bedauern nicht möglich gewesen, verschiedene der im Briefe vom 21. März gestellten Fragen innewahrhaftig. Sie ersucht die Reparationskommission, sich mit einer angemessenen Verlängerung dieser Fristen einverstanden zu erklären.

i. B. (sig.) Bauer.

Deutschlands bisherige Leistungen.

Vor uns steht die Prüfung des 31. Mai. Die generelle, weltliche französische Propaganda klünderl Berlin-Bombungen in die Welt: Deutschland habe nichts geleistet. Deutschland wolle nichts haben. Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Die Wahrheit ist, daß Deutschland in Erfüllung des Verlaufs des Vertrages von 1919 listig Leistungen im Werte von niedrig gerechnet 4,5 Milliarden Goldmark aufgebracht hat, und zwar in folgender Zusammenfassung:

| | Goldmark |
|---|-----------------|
| Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland | 11,7 Milliarden |
| Die ausgelieferte Flotte | 5,7 " |
| Reichsgeldentzug in den abgetretenen Gebieten | 6,5 " |
| Aberechnung Eisenbahn- u. Verkehrsmaterial | 2,0 " |
| Andere Leistungen nicht militärischer Art | 3,8 " |
| Verlust der deutschen Ansprüche an seine Kriegsverbündete | 7,0 " |
| Saargebiet | 1,1 " |
| Bisherige Kohlenlieferungen | 1,3 " |
| Reparationsleistungen in bar | 3,2 " |
| Verstärkte kleine Völkern | 0,2 " |

Insgesamt 45,6 Milliarden

Unberücksichtigt ist dabei der Verlust in Westpreußen, Polen und Oberösterreich, unberücksichtigt ist ferner der Wert der deutschen Kolonien, die in Wirklichkeit in die Hand der Entente übergegangen sind, während die juristische Kontinuität des Verlaufs der Beziehungen diese Angelegenheiten unter dem Schein der Mandatsübertragung verläuft. Wo wie lagten die Entschänder in Genua? — „Eigentum ist Nutzung.“

Diese Zahlen zeigen diejenigen, die stets weiter tiefer Leistungen von Deutschland verlangen, nicht der Öffentlichkeit vorzutragen, da sie wissen, daß sie damit vor dem Gerichte stehen und vor sich selbst hätten. Aber das Deutschland, das diese Forderungen gebracht hat, das durch die notwendigen Hilfsmittel der Erzeugung herbeizuführen, will überdies im Namen des Wohlwollens beim Wiederaufbau des zerstörten dem ehemaligen Feinde Hilfe leisten, da es weiß, daß wahrer Friede nur aus der wechselseitigen Unterstützung erwachsen kann. Deutschland kann von sich behaupten, daß es alles in der Hand zu diesem Wiederaufbau gebracht hat. Deutschland bleibt willens, sein Möglichstes zu tun.

Die am 15. Mai fällige Kriegsschuldabgabe von 50 Milliarden Goldmark wird pünktlich gezahlt werden. Da das Geleit über die Zwangsanleihe bereits dem Reichstag zugegangen ist, kann an dem guten Willen Deutschlands, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, nicht gezweifelt werden.

Eine Goldanleihe für Deutschland?

Paris, 10. Mai. Chicago Tribune schreibt, nach dem Plane, der von der Reparationskommission gütig angenommen worden ist, erhalte Deutschland möglicherweise (1) eine Anleihe von 5 Milliarden Goldmark, die ihm die Möglichkeit gäbe, sich seiner am 31. Mai und in den nächsten Jahren fälligen Verpflichtungen zu erweiden. Der Plan sieht vor, daß die Reparationskommission und alle Länder, die an der Anleihe sich beteiligen werden, Obligationen auf zehn bis zwanzig Jahre ausgeben, die Deutschland garantiert. Deutschland werde den Zinsendienst der Obligationen mit Hilfe verbleibender Industriearbeitskraft und neuen Steuern gewährleisten. Man nehme an, daß die französische Regierung mit dem Plane einverstanden sei.

Die Lage in Genua.

In Genua dreht sich noch immer alles um die bevorstehende Antwort der russischen Delegation. Zeitweilen hört noch über der Arbeit, nachdem er aus Moskau neue Instruktionen eingeholt hat. Am Donnerstag hofft man, daß die Antwort der Russen überreicht wird. Bis dahin ergaben sich die Konferenzteilnehmer wie die Pressevertreter in Kombination darüber, wie die Antwort in ihren Einzelheiten ausfallen wird. In der Mitte der Russen hat alle Dienstag und Mittwoch ein reger Verkehr herrscht. Fast alle Nationen haben dort Vertreter gehabt, die in dieser oder jener Frage mit Mitgliedern der russischen Delegation konferiert haben. Die allgemeine Auffassung geht dahin, die Russen werden auf das Memorandum „mit einer Art Antantwort“, d. h. sie werden die Forderungen des Memorandums in verlässlicher Form annehmen, so daß sich wenigstens für die Fortsetzung der Verhandlungen eine Basis ergibt. Die Verkaufsaussagen werden namentlich die Artikel 1 und 7 betreffen, in denen befallend von der Propaganda und von dem Eigentum die Rede ist. Von einer Seite, die sich für nicht unterrichtet erklärt, wird berichtet, die Russen würden vorschlagen, den Artikel über das Eigentum an eine Sonderkommission zu überweisen. Sicherer wird nicht natürlich niemand. Aufschluss ist, daß von Paris der nicht mehr der klaren Wind weht wie vorher. Die Nachricht, daß Völkern

die kleine Entente im Anschluß an Frankreich und Belgien...
Genoa, 10. Mai. Der Minister des Aeußeren Schanzer erklärte...

Schanzer bleibt optimistisch.

Genoa, 10. Mai. Der Minister des Aeußeren Schanzer erklärte in einem Interim, er glaube, daß die Konferenzen zwischen...

Washington zur russischen Frage.

Uebereinstimmung mit den Alliierten.

London, 10. Mai. Reuters befindet in einem Washingtoner Telegramm, daß bei der gestrigen Zusammenkunft des Kabinetts...

Italienisch-britisches Abkommen.

Paris, 10. Mai. Havas meldet aus Genoa, von glaubwürdiger Seite wird berichtet, daß ein allgemeines politisches...

London, 10. Mai. Der Pariser Berichterstatter der Times schreibt, allgemein scheint die Ansicht zu herrschen, daß die Luft gefläkkt ist und daß man in Anbetracht dessen, daß die Entente nicht so sei, wieder freier atmen könne...

Unabhängigkeitserklärung der Kroaten?

Genoa, 10. Mai. Italienischen Blättern wird gemeldet, die Kroaten hätten die Unabhängigkeit ihres Staates mit der Freiheit...

Völkerverbund.

Am heutigen Donnerstag beginnt in Genoa die Tagung des Völkerverbundes. Die erste Sitzung wird nicht öffentlich sein, da sie einer Reihe kleiner Fragen gewidmet wird...

Anschauungsunterricht am Sandhaufen.

Dies findet man, daß in dem plastischen Dünensand Erwaehnen, die aber viel freie Zeit und aber ein gewisses Vermögen...

Die Schüler umgeben den Sandhaufen, sie formen auf Gehetz daraus einen Berg. Daran werden nun Fuß, Abhang und Gipfel erklärt. Wir geben dem Berge feste und sanfte Abhänge...

Am Miniaturgebirge lassen sich ferner Höhenstufen gut ersichtlich machen. Der untere Teil des Gebirges, die Waldregion, erscheint uns grün; mit etwas abgegrüntem Graue, womit wir...

Einfähriges Kanzlerjubiläum Wretho.

Der dienälteste Kanzler seit Bethmann Hollweg.

Zum gestrigen 10. Mai, wo der Reichskanzler Wretho ein Jahr an der Spitze der Reichsregierung steht, schreibt die „Welt-Ztg.“: Dr. Wretho hat heute eine längere Amtsdauer hinter sich als alle Reichskanzler...

Wünsche an den Verkehrsminister.

Reichstag.

Berlin, 10. Mai.

Am 3. März 20 Min. eröffnet Präsident Loebe die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Abg. Hue, der von den Abgeordneten stehend angehört wird.

Zur Interpellation der Volkspartei über die bevorstehende Neutralisierung der Rheinlande wird die Regierung innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist Antwort erteilen. Zur zweiten Beratung kommt hierauf der Haushaltsplan des Reichsverkehrsministeriums.

Ein Regierungsvertreter warnt vor vielen Irrtümern, ehe die finanzielle Wirkung feststeht.

Abg. Brunner (Soyd.) verlangt von der Verwaltung größeren Geschäftssinn und tritt deshalb für die Uebernahme der Schlafwagen- und Reisebüros durch die Verwaltung ein. Redner schildert die günstige Wirkung des Aufstrebens auf die Arbeitslosen, in dem Industriebetriebe...

der Reichsverband der Industriellen behauptet, die Reichsbahn könne anstelle der vom Minister geforderten 900 000 Mann mit 750 000 Mann auskommen, er eine solche Verkleinerung des Personals für unmöglich erachten müsse.

Abg. Dr. Reigardt (Dn.) warnt vor einer falschen Gütertarifpolitik, diese müßte von Grund auf geändert werden. Der Minister erwidert, daß die jetzt das dringendste Bedürfnis nach Reform. Darum sollte er nicht beim Arbeitszeitgesetz stehen bleiben.

Einführung des Gedingeverfahrens.

Am 17. Mai sollen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Gewerkschaften Verhandlungen über die Einführung des Gedingeverfahrens bei der Eisenbahn beginnen, das bisher Probe-weise in einigen Eisenbahnverträgen eingeführt war.

Keine Erhöhung des Personen-Ferientarifs.

Wie man von zuständigen Stelle erfährt, wird sich die Erhöhung der Eisenbahntarife, die am 1. Juni in Kraft treten soll, nicht auf die Tarife für den Fernverkehr von Personen erstrecken.

Ebenfalls sicher ist freilich, daß eine Erhöhung der Gütertarife bereits für den nächsten Monat vorgenommen wird, weil die Kosten der Kohlenpreiserhöhung vom 20. April und die der Besetzungserhöhung nicht gedeckt sind.

Die oberhessischen Aufstandsschäden.

Eine neue deutsche Note.

Auf die Note der Reichsjustizkonferenz vom 14. März, die den von der deutschen Regierung gestellten Antrag auf Aliation der Aufstandsschäden in Oberhessen durch die Alliierten ablehnte und die Bezahlung aus örtlichen Einnahmen Oberhessens forderte, ließ die deutsche Regierung...

mit etwas Kreidelpulver oder Kalkstaub und erhalten so eine ganz prächtige natürliche Gebirgslandschaft in Miniatur. Weiter lassen sich am Sandhaufen die Begriffe Tal, Völkental, Luerthal, Seltental, Graben u.s. auf einfache Weise klären.

Die Sohle des Tales wird fruchtbarer, produktive Erde auf; es ist mit grünen Weizen und Getreide bedeckt. Wir bestreuen es mit Gras. Durch das Tal zieht die Eisenbahn.

Generalversammlung der Kant-Gesellschaft in Halle und Eröffnung der Akademie in Erlangen.

In der Sitzung vom 4. u. 5. und 7. und 8. Juni, wird die diesjährige Generalversammlung der Kant-Gesellschaft in den Räumen der Universität in Halle stattfinden. Auf der Tagung werden...

und zur Methodik der Geschichtsphilosophie. Professor Dr. Emil Ullrich (Hofstadt) über „Das Problem einer allgemeinen Kunstwissenschaft“, und von Graf Hermann von Helldorf (Darmstadt) über das Thema „Die Kunst des wahren Fortschritts“.

Germanenitag im Saal.

Am 14., 15. und 16. Juni findet der erste Germanenitag auf der uralten Kultusstätte des Germanenplatzes bei Halle statt. Zum Zweck dieses Festes sind...

Erhebung, Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Darmstadt haben auf einstimmigen Beschluß der Abteilung für...